

---

Online-Fachgespräch zum Konflikt um die Seegrenzen im Mittelmeer

## **Eskalation im Mittelmeer: Türkische Außenpolitik auf Konfrontationskurs**

**Südosteuropa-Gesellschaft, 26. August 2020**  
**Bericht von Wladimir Dirksen, München**

*Das Online-Fachgespräch am 26.08.2020 war eine kurzfristig von der Südosteuropa-Gesellschaft organisierte Diskussionsrunde zum Konflikt um die Seegrenzen zwischen der Türkei, Griechenland und Zypern. Sie fand statt in einer Phase der sich zuspitzenden Lage im östlichen Mittelmeer. Nachdem es neue Erdgas-Funde in der östlichen Mittelmeerregion um Zypern und in der Ägäis gegeben hatte, kam es durch einen zunehmend aggressiven Kurs der Türkei zu einer Reihe von gefährlichen Situationen zwischen der türkischen und der griechischen Marine. Die jüngste Eskalation um die Mission eines türkischen Forschungsschiffes in der „ausschließlichen Wirtschaftszone“ Griechenlands zeigt, dass die Türkei zur Durchsetzung ihrer Interessen zunehmend auf militärischen Konfrontationskurs geht.*

*Die EU-Außenministerkonferenz am 14.08.2020 sprach von einer ernsthaften Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei, mit weitreichenden strategischen Konsequenzen weit über das östliche Mittelmeer hinaus. Der aktuelle Vorstoß des türkischen Präsi-*

*denten Erdoğan ist in der Tat nur einer seiner „dreieinhalb Kriege“ (DIE ZEIT): Der Irak, Syrien und Libyen sind weitere Schauplätze, auf denen die Türkei ihre Interessen rund um das Mittelmeer auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen versucht.*

*Das Online-Fachgespräch behandelte folgende Themenbereiche: Welches sind die Dimensionen, Hintergründe und Ziele des türkischen Vorgehens? Um welche Interessen, Ansprüche und Ideologien geht es hier? In welchem Verhältnis stehen die innen- und außenpolitische Motive Ankaras? Besteht die Gefahr einer bewaffneten Eskalation mit dem NATO-Partner Griechenland? Welche Chancen gibt es zu einer Entschärfung des Konflikts? Das Online-Fachgespräch ist auf YouTube nachzuerfolgen und nachzuhören unter dem Link: <https://tinyurl.com/y7r8zgs0> (Anm. d. Red.).*

Die Begrüßung und Einführung übernahm Manuel Sarrazin, MdB, Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft, Hamburg. Als Fachleute auf dem Podium diskutierten Dr. Hürcan Aslı Aksoy,

---

1 DIE ZEIT Nr. 31/2020, 23. Juli 2020, <https://www.zeit.de/2020/31/tuerkei-kriege-libyen-nahe-osten-mittelmeer>

Stellvertretende Leiterin des Centrums für angewandte Türkeistudien (CATS) – Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin und Prof. em. Dr. *Heinz-Jürgen Axt*, Politikwissenschaftler, Universität Duisburg-Essen sowie *Michael Thumann*, außenpolitischer Korrespondent der Wochenzeitung DIE ZEIT, Berlin. Die Diskussion wurde von Dr. *Hansjörg Brey* und Dr. *Christian Hagemann*, der Geschäftsführung der Südosteuropa-Gesellschaft in München, moderiert.

Nach der Begrüßung durch Manuel Sarrazin präsentierte *Hansjörg Brey* zu Beginn der Diskussion einen Überblick über die jüngsten Ereignisse und stellte als erstes eine Frage an Michael Thumann: Er schreibe angesichts der gegenwärtigen Eskalation um die Erkundungen des türkischen Forschungsschiffs Oruç Reis, dass die Türkei nach der Vorherrschaft im Mittelmeer greife. In einem anderen Artikel schreibe er von „den dreieinhalb Kriegen“ des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan – klar sei, so schreibe Thumann, dass man die türkische Außenpolitik in einem größeren Kontext sehen sollte. *Brey* bat um eine Erklärung, von welchen Kriegen Thumann hier spricht und welche Verbindungen diese Kriege zueinander haben. Können wir tatsächlich davon sprechen, so *Brey*, dass die Türkei die Vormachtstellung im Mittelmeer anstrebt?

### **Türkei: Mit „dreieinhalb“ Kriegen zur Vormachtstellung**

*Michael Thumann* führte aus, dass er unter den „dreieinhalb Kriegen“ zuvorderst den Kampf gegen die PKK innerhalb der Türkei verstehe, der aber auch in den Irak und nach Nordsyrien ausgreife. Der zweite Krieg sei der mit der Operation „Friedensquelle“ begonnene militärische Einsatz der Türkei in Nordsyrien und das damit verbundene Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg. Mit dem dritten Krieg schließlich sei das türkische Engagement in Libyen durch Waffen, Söldner und Berater gemeint. Der „halbe Krieg“ soll die Auseinandersetzung der Türkei mit Griechenland um Gasvorkommen und um die Vorherrschaft im Mittelmeer beschreiben.

Diese Konflikte sah *Thumann* vor dem Hintergrund eines neuen Selbstverständnisses der Türkei als regionale Vormacht zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer. Dies sei die Einstellung einer regionalen Macht, die sich weder durch einzelne Nachbarn noch durch einen Konsens aller Nachbarn einschränken lassen wolle. Wichtig sei, dass die Türkei eine strategische Veränderung in ihrer Beziehung zum Westen durchlaufe. Die Türkei entwickle sich weg vom Selbstverständnis eines Verbündeten des Westens, einem NATO-Mitglied und EU-Beitrittskandidaten hin zu dem eines unabhängigen Staates, der eigene Interessen durchsetze und bereits geschlossene Verträge – wie den Vertrag von Lausanne oder die „Charta von Paris für ein neues Europa“ – infrage stelle. Nach dem Vorbild Russlands verstehe die Türkei sich als unabhängige Macht, die im eigenen Interesse agiert.

Moderator *Brey* betonte die starke Bedeutung des Begriffs „Vormachtstellung“ und fragte, ob man bei der Strategie der Türkei wirklich von einem Streben nach einer solchen im Mittelmeer sprechen könne. *Thumann* bejahte diese Frage und begründete dies damit, dass Präsident Erdoğan den Vertrag von Lausanne, der in der Vergangenheit eigentlich ein „Heiligtum“ der Türkei gewesen sei, mittlerweile schon mehrmals, unter anderem auch auf griechischem Boden, infrage gestellt habe. Daran erkenne man, dass die Türkei sich selbst als eine Macht ansehe, die es sich erlauben könne, alte vertragliche Vereinbarungen anzuzweifeln. Dies sei eine Ähnlichkeit zu Russland, welches sich im post-sowjetischen Raum ebenfalls als Vormacht verstehe und von dem sich Präsident Erdoğan einiges abgeschaut habe. Man sehe sich also als eigenständiger Akteur, der mehr wert sei und sich deshalb mehr herausnehmen könne als die Nachbarn und der demzufolge eine Vormachtstellung anstrebe.

Die nächste Frage von *Hansjörg Brey* ging an Heinz-Jürgen Axt: In einem aktuellen Beitrag für die Zeitschrift Südosteuropa Mitteilungen habe er über das Thema „Nervenkrieg um Energieresourcen im östlichen Mittelmeer“ geschrieben.<sup>2</sup>

Darin ging es hauptsächlich um die türkisch-libyischen Memoranden vom November 2019. Inzwischen gibt es ein zu diesen Memoranden in Konkurrenz stehendes Abkommen zwischen Griechenland und Ägypten. Um was geht es bei diesen Abkommen, und wo verlaufen eigentlich die Konfliktlinien in diesem Streit?

Laut *Heinz-Jürgen Axt* sind die Fragen um die Energieressourcen im östlichen Mittelmeer in jene geostrategischen Auseinandersetzungen, welche bereits angesprochen wurden, eingebunden. Der Hintergrund sei dabei ein alter Konflikt um Erdöl und Erdgas, der seit den 1950er und insbesondere seit den 1970er Jahren im östlichen Mittelmeer zwischen Griechenland und der Türkei ausgetragen werde. Es gehe um die Frage der ausschließlichen Wirtschaftszonen und das damit verbundene Recht auf die Ausbeutung von Ressourcen. Griechenland stütze sich hierbei auf das internationale Seerecht, welches besage, dass auch Inseln einen eigenen Festlandsockel und damit das Recht auf eine eigene ausschließliche Wirtschaftszone hätten.

Wenn man sich jedoch eine Karte des östlichen Mittelmeers anschau, so sehe man, dass in einem solchen Fall das östliche Mittelmeer ein ausschließlich griechisches Meer wäre und die Türkei nur einen sehr begrenzten Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen hätte, sagte *Axt*. Der legalistischen Sichtweise Griechenlands hielte die Türkei deshalb entgegen, dass die griechischen Inseln keinen eigenen Festlandsockel hätten. Vielmehr würden die Inseln auf dem Festlandsockel Anatoliens liegen, weshalb Griechenlands Ansprüche überzogen seien und der Türkei ein viel größeres Hoheitsgebiet im Mittelmeer zustünde.

Aus rein rechtlicher Sicht habe Griechenland, welches sich auf das Seerechtsabkommen von 1958 und weitere Konventionen der Vereinten Nationen stütze,<sup>3</sup> die besseren Argumente. Andererseits, so betonte *Axt*, stelle sich die Frage, ob es gerecht sei, dass die Türkei aufgrund dieser Position vom Zugang zu Ressourcen im Mittelmeer weitgehend abgeschnitten werde. In

diesem Fall sollte es eher eine rechtlich verbindliche Verständigung zwischen beiden Ländern geben, die den berechtigten Interessen beider Rechnung trüge. Der Konflikt der beiden Länder um ihre Seegrenzen habe eine lange Geschichte und werde jetzt in einem neuen Umfeld ausgetragen. Die Situation unterscheide sich dahingehend zu vorherigen, dass insbesondere von Seiten der Türkei eine neue Machtprojektion betrieben werde und das Land sich von den bisherigen vertraglichen Bindungen im östlichen Mittelmeer lösen wolle.

### **Außenpolitische Strategien der Türkei**

An *Hürcan Aslı Aksoy* stellte *Hansjörg Brey* die Frage nach der wachsenden Militarisierung der türkischen Außenpolitik. Wie ist diese angesichts der neuen sicherheitspolitischen Doktrin „Blaues Vaterland“ und der Tatsache, dass die Türkei über ein wachsendes Arsenal an eigenen Rüstungsgütern (Drohnen, Kriegsschiffe) verfügt, welches sie zum Beispiel in Libyen einsetzt, einzuordnen? Wie ist der Widerspruch zu erklären, dass die Türkei andererseits ein Muster von Außenpolitik einsetzt, welches man als „public diplomacy“ beschreiben kann – also eine Außenpolitik beispielsweise in Form von medizinischen Hilfslieferungen im Zuge der Covid-19-Pandemie? Wie passt dies zusammen?

*Hürcan Aslı Aksoy* konstatierte, dass der beschriebene Widerspruch zwischen Hilfslieferungen auf der einen und der neuen außenpolitischen Doktrin auf der anderen Seite sowohl innen- als auch außenpolitische Gründe habe. Durch die Hilfslieferungen, die unter anderem auch in die USA geschickt worden seien, habe sich die Regierung außenpolitisch als eine starke internationale Macht inszenieren können. Innenpolitisch habe Präsident Erdoğan durch die Hilfslieferungen seine Popularität aufrechterhalten wollen. Außenpolitisch habe die „public diplomacy“ – insbesondere, weil die Hilfslieferungen zu einem Zeitpunkt kamen, an dem die EU noch über den Umfang ihrer Hilfen diskutiert habe – den Zweck gehabt, den verschlechterten Beziehungen zu anderen Ländern entgegenzuwirken.

3 United Nations Convention on the Law of the Sea, 10. Dezember 1982 (*Anm. d. Autors*).

Kurz vor der Covid-19-Pandemie habe es mehrere außenpolitische und diplomatische Krisen gegeben, weshalb die türkische Regierung die Krisensituation während der Pandemie ausnutzen wollte, um ihr Image im Ausland durch Hilfslieferungen aufzupolieren. Wenn man die letzten 20 Jahre betrachte, dann erkenne man, dass „public diplomacy“ oder „soft power“ für die türkische Außenpolitik keine Fremdwörter seien. Die Türkei habe mit Ländern in Afrika, auf dem Balkan und in Südamerika intensive kulturelle, diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen unterhalten.

Dennoch sei die Militarisierung in den letzten Jahren zu einem wesentlichen Merkmal türkischer Außenpolitik geworden. Einer der Gründe hierfür sei die Rüstungsindustrie, die eine zunehmend wichtige Rolle in der Türkei spiele. Der Absatz von Rüstungsgütern sei zwischen 2015 und 2019 im Vergleich zur Periode zwischen 2010 und 2015 um 86 Prozent gestiegen. Die Militarisierung habe mit strukturellen Änderungen innerhalb regionaler und internationaler Ordnungen zu tun. Die Türkei benutze laut Aksoy immer mehr „hard-power“ Strategien, um sich an die veränderten Machtkonstellationen in der Region – wie einer aktiveren Außen- und Sicherheitspolitik seitens der Vereinigten Arabischen Emirate – anzupassen.

Außerdem habe die Militarisierung auch das innenpolitische Kalkül, durch die Suggestion der Türkei als einer starken internationalen Macht die Popularität der Regierung zu steigern. Dieser Umschwung in der türkischen Außenpolitik sei seit dem gescheiterten Putschversuch im Jahr 2016 zu beobachten und rührt laut Aksoy daher, dass die türkische Regierung den Westen immer mehr als Bedrohung wahrnimmt. Ein Gefühl der Bedrohung türkischer Souveränität und Unabhängigkeit durch den Westen werde nicht nur von der Regierungspartei, sondern auch von nationalistischen Parteien der Opposition geteilt.

### **Der Fall Kastelorizo: Legalität und Legitimität von Gebietsansprüchen**

Unter legalen Gesichtspunkten ist Griechenland im Streit um die Energieressourcen klar im Recht. Jedoch gebietet die Fairness die Einbeziehung der türkischen Ansprüche in den Streit.

Wer, so die Frage von *Hansjörg Brey* an Heinz-Jürgen Axt, ist seiner Meinung nach mit den eigenen Ansprüchen im Recht? Und wie könnte eine Lösung aussehen?

*Heinz-Jürgen Axt* bestätigte, dass Griechenland rechtlich gesehen gute Argumente habe. Die Genfer Seerechtskonventionen von 1958 sprächen Inseln grundsätzlich einen Festlandssockel und eine ausschließliche Wirtschaftszone zu. Daher sei die griechische Position rechtlich abgesichert. Jedoch könne Legalität allein nicht die Grundlage für die Lösung des Konflikts sein. Als Beispiel dafür nannte Axt die rund 400 Einwohner zählende griechische Insel Kastelorizo, welche nur rund drei Kilometer von der türkischen Küste entfernt liegt. Seit dem Vertrag von Lausanne gehört die Insel zu Griechenland. Wenn man die Insel dem griechischen Hoheitsgebiet zurechne und die ausschließliche Wirtschaftszone danach festlege, wäre diese noch wesentlich größer.

Für die türkische Seite bedeute dies, dass man bei einer Zurechnung Kastelorizos zu Griechenland die Hälfte der eigenen ausschließlichen Wirtschaftszone im Mittelmeer Griechenland zuspräche. Und umgekehrt: Würde Kastelorizo nicht zu Griechenland gerechnet, hätte die Türkei eine um rund 50 Prozent größere ausschließliche Wirtschaftszone und damit eben auch ein doppelt so großes Gebiet, um Energieressourcen zu exploizieren. Aus diesem Umstand zieht Axt den Schluss, dass die Legalität eine wichtige, aber keine ausschließliche Grundlage für ein dauerhaftes und verlässliches Verhältnis beider Parteien zueinander sein könne.

Es müsse zu einer Verständigung nach dem Gebot der Fairness kommen, so die Empfehlung von Axt. Legalität allein könne keine Grundlage für eine solche Verständigung sein. Griechenland sei die schwächere der beiden Konfliktparteien und verhalte sich deshalb – im Gegensatz zur Kriegsrhetorik der Türkei – eher defensiv. Daher werde von griechischer Seite vor allem die Legalität als Hauptargument angeführt. Wenn die Beteiligten in Europa und im östlichen Mittelmeer ein Interesse an einer dauerhaften Lösung des Konflikts haben, dann könne eine solche stabile Lösung nur durch einen Prozess des Ausgleichs erreicht werden, so Axt.

*Michael Thumann* stimmte Heinz-Jürgen Axt zu und betonte nochmals den Unterschied zwischen der Legalität und der Legitimität dieser Angelegenheit. Aus legaler Sicht sei die türkische Argumentation absurd. Inseln den Festlandssockel abzusprechen würde bedeuten, dass Grönland auf dem Festlandssockel von Kanada oder Japan auf demjenigen von China säße. Da das Seerecht eine sehr klare Sprache spreche, sei diese Argumentation nicht haltbar. Die Türkei müsse sich daher, wenn sie sich trotz Äußerungen Erdogans wie „Wir nehmen uns, was uns zusteht“ im legalen Rahmen bewegen wolle, unbedingt auf Verhandlungen mit Griechenland einlassen.

In Bezug auf die Legitimität sei es aus türkischer Sicht aber gleichzeitig durchaus rechtens, das Problem der Anwendung des Seerechts angesichts der Anzahl griechischer Inseln um die türkische Küste herum anzuzweifeln. Jedoch gehe die Rhetorik der Türkei derzeit nicht in Richtung eines Dialogs, sondern vielmehr in eine konfrontative Richtung. Dieser Umstand sei ein großes Versäumnis, sagte *Thumann*, da die Beziehungen der beiden Länder in der Vergangenheit viel besser gewesen seien als heute. Beispielsweise sei der ehemalige griechische Ministerpräsident Konstantinos Karamanlis der Trauzeuge einer Tochter Erdogans.

#### **Nationalismus als Antriebskraft des Konflikts**

*Thumann* beschrieb die 2000er Jahre als einen „Honeymoon“ in den Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei und bedauerte, dass man es damals versäumt habe, sich jenseits des Seegerichtshofs zu verständigen. Derzeit sei eine solche bilaterale Lösung angesichts der nationalistischen Koalition in Ankara weit- aus schwieriger zu finden.

*Hürcan Aslı Aksoy* fügte hinzu, dass die nationalistische Rhetorik nicht nur vonseiten der Türkei ausgehe. Der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis stehe innerhalb seiner eigenen Partei unter hohem Druck und wende deshalb ebenfalls zunehmend nationalistische Rhetorik an. Beide Länder hätten maximalistische Positionen eingenommen, was die gegenwärtige Zuspitzung der Lage erst hervorgerufen habe. Die angesprochene Phase des Dialogs in den 2000er Jahren habe gezeigt, dass beide

Länder durchaus imstande seien, sich miteinander zu verständigen. Deshalb sei die Frage jetzt, wann eine solche Verständigung im aktuellen Konflikt möglich wäre. Da dieser sich jedoch nicht nur auf die Ägäis und die dortigen Erdgas-Vorkommen beschränke, sondern sich der Streit auch wesentlich um die Zypern-Frage drehe, sei die Aussicht auf einen Dialog derzeit sehr getrübt. In Bezug auf Zypern nehme die Türkei ebenfalls eine unnachgiebige Position ein. Aufgrund der Tatsache, dass die Türkei kein Unterzeichner-Staat des Seerechtsabkommens sei, stünden sich hier zwei grundsätzlich unterschiedliche Positionen gegenüber.

*Heinz-Jürgen Axt* stellte klar, dass es zwar richtig sei, dass von beiden Seiten eine nationalistische Rhetorik angewandt werde, diese jedoch seitens der Türkei deutlich aggressiver sei. Beim Namensstreit zwischen Griechenland und Nordmazedonien habe man zwar durchaus von Nationalismus auf Seiten Griechenlands sprechen können. Im Fall des derzeitigen Konflikts sei die türkische Seite jedoch deutlich offensiver. Axt erinnerte außerdem daran, dass der Konflikt zwischen beiden Ländern schon sehr lange bestehe und sich seit den 1970er Jahren immer wieder – beispielsweise aufgrund der Verletzung des griechischen Luftraums durch türkische Flugzeuge – zuspitze. Diese „Routine“ im Austragen des Konflikts könne in der jetzigen Situation etwas beruhigen. Trotz der weiterhin realen Gefahr des Ausbruchs eines bewaffneten Konflikts sei die momentan herrschende Lage nicht neu. Deshalb seien die Reaktionen beider Konfliktparteien relativ berechenbar.

#### **(UN-)Wirtschaftlichkeit der Erdgasvorkommen**

Ist die Euphorie der Anrainerstaaten über die zukünftige Ausbeutung der Energieressourcen im Mittelmeer angesichts sinkender Gaspreise und einer voranschreitenden Energiewende in Europa ökonomisch überhaupt gerechtfertigt? Die Profitabilität der Ausbeutung der Energieressourcen in der Region schätzte *Michael Thumann* als eine der weltweit niedrigsten ein. Die Kosten für die Ausbeutung seien durch die Tiefe der Erdgas-Vorkommen enorm hoch. Des Weiteren sei einerseits die Nachfrage nach Erdgas auf dem europäischen Gasmarkt rückläufig und andererseits die Konkurrenz mit derzeit 22 unterschiedlichen Flüssiggas-Terminals (LNG) in

Europa höher denn je. Daher sehe er den Hauptzweck der Bestrebungen beider Seiten darin, bestehende Erdgas-Importe zu ersetzen.

*Heinz-Jürgen Axt* hob das Vorhaben der EU hervor, ihre Abhängigkeit von fossilen Energieträgern bis zum Jahr 2050 um die Hälfte zu reduzieren. Beim Konflikt in Zypern 2019 hätten Erdgas-Vorkommen ebenfalls eine wesentliche Rolle gespielt. Jedoch hätte die mangelnde Rentabilität dazu geführt, dass große internationale Energiekonzerne sich aus den geplanten Projekten zurückgezogen hätten. Daher sei die Wirtschaftlichkeit der nun umkämpften Ausbeutungsgebiete höchst fraglich. Des Weiteren sei das Verhältnis zwischen der Türkei und Russland sehr wichtig. Beide Länder seien einerseits Konfliktparteien, was Libyen und Syrien betrifft, andererseits in Bezug auf die Türkei als Transitland für russisches Erdgas jedoch auch Kooperationspartner. Eine geostrategische Orientierung der Türkei an Russland sei als höchst ambivalentes Spiel Erdogans anzusehen, da Russland aus türkischer Sicht ein sehr unsicherer Partner sei.

### **Innenpolitisches Kalkül der Türkei: Die Profilierung als starker Staat**

*Hürkan Aslı Aksoy* begründet das Säbelrasseln im östlichen Mittelmeer und das Engagement der Türkei in Libyen und Syrien mit einer innenpolitischen Profilierung des Landes als starker Staat. Die nationalistischen Narrative der Außenpolitik würden mit einer innenpolitischen Symbolpolitik, wie man sie etwa bei der Umwandlung der Hagia Sophia zu einer Moschee sehen könne, ergänzt. Laut Aksoy habe die türkische Regierung mit der Umwandlung der Hagia Sophia Westeuropa provozieren wollen. Sie sei eine Manifestation der Unabhängigkeit des türkischen Staates nach außen gewesen. Dies zeige auch die Reaktion des russischen Außenministers, welche auffallend deutlich auf die Befindlichkeiten der Türkei bezüglich ihrer Souveränität eingegangen sei.

Der innenpolitische Zweck des Strategiewechsels liege darin, vom „Elephant in the room“, also hier der anhaltenden Inflation (die Lira habe

seit Beginn der Covid-19-Pandemie rund 30 Prozent an Wert verloren) und der damit verbundenen wirtschaftlichen Krise, abzulenken, so Aksoy. Die Umwandlung der Hagia Sophia oder der Konflikt mit Griechenland würden die wirtschaftlichen Probleme zwar nicht lösen, jedoch würden sie die an der politischen Führung des Landes zweifelnde Anhängerschaft zeitweise zufriedenstellen können. Viele Umfragen deuten darauf hin, dass die Basis der Wählerschaft Erdogans erodiere. Die parlamentarische Opposition zeige sich in innenpolitischen Fragen zwar unnachgiebig, jedoch unterliege sie, was außenpolitische Themen der territorialen Integrität und Souveränität angehe, einem „rally 'round the flag effect“.<sup>4</sup> Aksoy resümierte, dass jedes außenpolitische Handeln innenpolitische Gründe habe, und umgekehrt.

*Hansjörg Brey* konstatierte an dieser Stelle, dass der Schulterschluss der parlamentarischen Opposition mit der Regierung hinter den außenpolitischen Zielen ein Spezifikum der türkischen Politik zu sein scheint und fragte Michael Thumann, ob er dem zustimmen würde. Laut *Michael Thumann* ist diese Strategie ein Mittel, um die Opposition mundtot zu machen, da diese sich in außenpolitischen Fragen nicht offen kritisch äußern könne. Kritiker des türkischen Engagements in Syrien oder der Umwandlung der Hagia Sophia würden in der Türkei auf verlorenem Posten kämpfen, da solche Aktionen bei einem Großteil der Bevölkerung und bei der Opposition auf Zustimmung stießen. Thumann erläuterte, dass die Strategie Erdogans auf seine politische Flexibilität hinweist. Die Sorge, dass der türkische Präsident sich zunehmend in die islamistische Richtung entwickelt, habe sich nicht bestätigt. Im Gegenteil, Erdoğan lege eine hohe Flexibilität seiner angewandten Mittel und Ideologien an den Tag, um seine Macht im Land zu sichern.

Erdoğan konterkariere heute viele seiner Positionen aus der Vergangenheit, sagte *Thumann*. So sei er früher nie ein Nationalist gewesen, sondern im Gegenteil habe gerade Erdoğan zehn Jahre lang einen freundlichen Kurs gegenüber Griechenland gefahren und öffentlich aus-

4 Begriff aus der Politikwissenschaft. Bezeichnet die erhöhte kurzfristige Unterstützung einer Regierung durch die Bevölkerung in Krisenzeiten oder während eines Krieges (*Anm. d. Red.*).

geschlossen, die Hagia Sophia in eine Moschee zu verwandeln. Außerdem habe er sich stets gegen die türkischen Nationalisten gewandt. Heute hingegen stünde Erdoğan an der Seite von Nationalisten, Kemalisten, Neo-Nationalisten, Rechts-Nationalisten und Pan-Turkisten – also genau derjenigen, die er früher stets gemieden habe. Es bleibe abzuwarten, wie lange er diesen Kurs noch halten könne, jedoch, so Thumann, könne das nicht allzu lange andauern.

*Hürcan Aslı Aksoy* fügte hinzu, dass Erdoğan seinen politischen Diskurs je nach informeller politischer Koalition, die er gerade eingehe, ändert. Momentan sei das mit den Nationalisten der Fall – zu denen nicht nur die „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) gehöre, sondern auch andere nationalistische Akteure, wie die „Gute Partei“ (İYİ PARTİ) oder auch die Eurasianisten. Derzeit brauche Erdoğan die Unterstützung der Nationalisten, um an der Macht zu bleiben, da er die Unterstützung seiner ehemaligen, informellen politischen Koalition mit den Kurden verloren habe. Den Kurden seien die Liberalen und später die Gülenisten vorangegangen. Je nach Interessenlage könne der Präsident seine Partner erneut wechseln, wobei *Aksoy* mittelfristig eine solche Änderung nicht für wahrscheinlich hält.

### **Droht ein bewaffneter Konflikt?**

Moderator *Hansjörg Brey* wies auf die gemeinsamen Militärmanöver von Zypern, Griechenland, Italien und Frankreich einerseits und die zeitgleich stattfindenden Militärübungen der türkischen Marine andererseits hin und fragte nach dem Eskalations-Potenzial und nach möglichen Eskalations-Szenarien.

*Heinz-Jürgen Axt* konnte einen militärischen Zwischenfall und möglicherweise auch Todesopfer bei kleineren Scharmützeln zwischen den beiden Parteien nicht ausschließen. Jedoch sei eine Besetzung oder auch Eroberung einer griechischen Insel durch die Türkei kein realistisches Szenario. Vor dem Hintergrund einer Mitgliedschaft beider Länder in der NATO und der damit verbundenen Einbeziehung von Drittstaaten im Kriegsfall sei ein solches Szenario höchst unwahrscheinlich. *Axt* unterstrich nochmals die Routine des Konfliktaustrags beider Länder durch das Beispiel einer kleinen, unbe-

wohnten griechischen Insel (gr.: Imia; türk.: Kardak), die im Jahr 1996 von türkischen Nationalisten besetzt worden sei. Solche Szenarien, die von inoffiziellen Stellen umgesetzt würden, seien auch heute wieder möglich. Im erwähnten Vorfall aus dem Jahr 1996 sei durch die Vermittlung des amerikanischen Außenministers und der NATO eine Lösung gefunden worden. Die Rolle als Vermittler könne auch heute der NATO zufallen. Grundsätzlich sei aber eine Landnahme der Türkei sehr unwahrscheinlich.

*Hürcan Aslı Aksoy* sah, wie auch Heinz-Jürgen Axt, keine realistische Gefahr eines größeren militärischen Konflikts. Jedoch könne, wie der deutsche Außenminister Heiko Maas gewarnt habe, auch ein Unfall zu einer militärischen Eskalation führen. Daher sei es äußerst wichtig, dass beide Seiten militärische Provokationen unterließen. Die Türkei entscheide bis zum 27. August 2020, ob das Expeditionsschiff „Oruç Reis“ wieder abgezogen werde.

*Aksoy* kritisierte die Involvierung Frankreichs durch die Entsendung französischer Marineschiffe, was nicht nur in der Türkei, sondern auch innerhalb der EU heftige Kritik nach sich gezogen habe. Die Entsendung könne daran gelegen haben, dass Frankreich und die Türkei nicht nur im griechisch-türkischen Konflikt, sondern auch im Libyen-Konflikt auf gegnerischen Seiten stünden. Hier sei die Rolle der EU gefragt, eine kohärente Strategie und Türkei-Politik zu entwickeln. Jedoch sei es möglich, dass die Türkei einen Dialog mit der EU grundsätzlich ablehnen und auf bilateralen Verhandlungen bestehen könnte.

*Michael Thumann* hielt die mögliche Eroberung einer kleinen Insel als Faustpfand durchaus für plausibel. Zunächst sei die technische Umsetzung eines solchen Szenarios aufgrund der Präsenz der türkischen Marine in der Region realistisch. Obwohl in einigen türkischen Medien darüber spekuliert worden sei, ob eine Eroberung Kastelorizos aufgrund der Lage der Insel sinnvoll sei, hält Thumann eine Eroberung bewohnter Inseln für sehr unwahrscheinlich. In einer militärischen Auseinandersetzung könne die Eroberung einer unbewohnten Insel jedoch ein nützliches Druckmittel in Verhandlungen sein.

Das bereits genannte Beispiel der Insel Imia / Kardak vom Januar 1996 zeige, wie schnell vollendete Tatsachen geschaffen werden könnten. Die NATO falle für eine Vermittlerrolle laut *Thumann* jedoch aus, da beide Staaten zeitgleich in das Militärbündnis aufgenommen worden seien, und zwar unter der Maßgabe, dass ein Konflikt zwischen beiden Ländern ausgeschlossen sei. Die Mitgliedschaft beider Konfliktparteien in der NATO schließe außerdem die Aktivierung der Artikel 5 und 6 des Bündnisvertrags aus, da es nicht möglich sei, dass sich die NATO gegen ihre eigenen Mitglieder richtet.<sup>5</sup>

Bei der Vermittlung im Zwischenfall von 1996 sei insbesondere der damalige amerikanische Präsident Bill Clinton durch nächtliche Telefonate als Vermittler aufgetreten, was man heute von dem sich im Wahlkampf befindenden Präsidenten Donald Trump nicht erwarten könne, sagte *Thumann*. Aus diesen Gründen würden die USA als Vermittler ebenfalls ausfallen. Aber auch die im Sicherheitsrat blockierte UN oder die führungslose OSZE fielen als Vermittler aus. Daher bleibe nur noch die EU als potenzielle Vermittlerin. Jedoch befinde sich diese in einem Zwiespalt, da sie einerseits Griechenland und Zypern als ihre Mitgliedsländer unterstützen wolle, sie andererseits jedoch durch den Ausfall aller Alternativen in die Vermittlerrolle gezwungen werde. So müsse die EU bei ihren Vermittlungsbemühungen so gegensätzliche Standpunkte wie die Türkei-kritische Rolle Frankreichs einerseits und die deutsche Sorge um einen Verlust von Einfluss in der Türkei andererseits im Auge behalten.

### Wie kann eine Vermittlung durch die EU gelingen?

Welche Rolle kann Deutschland in dem Verhandlungsprozess einnehmen, wollte Moderator *Hansjörg Brey* an dieser Stelle wissen: Wie kann eine Brücke zwischen den unterschiedlichen europäischen Positionen – die einerseits eine Unterstützung Griechenlands und andererseits eine realistische Konfliktlösung verlangen – geschlagen werden?

*Heinz-Jürgen Axt* bemängelte, dass die EU als Institution nicht entschieden und überzeugend genug auftrete. Es seien immer die einzelnen Mitgliedstaaten, die ihre jeweilige individuelle Position vertreten würden. Die Reaktion der europäischen Partner innerhalb der EU sei neben der Unterstützung der griechischen und zypri-schen Positionen jedoch auch immer darauf bedacht, die Notwendigkeit einer Konfliktlösung durch Verhandlungen zu betonen. Die Mitgliedstaaten der EU sicherten Griechenland und Zypern also eine grundsätzliche Unterstützung zu, betonten aber zugleich auch die Notwendigkeit der Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei.

Für empfehlenswert hält *Axt* eine europäische Position, die eine Garantie der Gesichtswahrung für beide Seiten verfolgt. Dabei solle man einerseits den Griechen und Zypern verdeutlichen, dass sie im Recht seien, jedoch durch die Aufnahme von Verhandlungen eine Sicherheitsgarantie bekämen. Auf der anderen Seite solle man der Türkei einen Anreiz für die Aufnahme von Verhandlungen bieten. Damit diese Erfolg haben könnten, solle man der Türkei zumindest Wege aufzeigen, wie eine mögliche Verteilung und Ausbeutung von Ressourcen in einem angemessenen Verhältnis aussehen könne. Wenn die EU sowohl für die griechische als auch für die türkische Seite eine Gesichtswahrung hinbekäme, könne sie den Konflikt friedlich lösen.

Eine europäische Vermittlung solle durch eine intensive Diplomatie und auch durch Demarchen, also Protestnoten, anstatt durch Wirtschaftssanktionen forciert werden. Grundlage für ein europäisches Handeln sei ein abgestimmtes Verhalten von Frankreich und Deutschland, da deren Stimmen gemeinsam sehr großes Gewicht in der EU hätten. Derzeit gebe es aber – im Gegensatz zu innereuropäischen Fragen wie etwa der Höhe der Hilfen aufgrund der Covid-19-Pandemie – bei außenpolitischen Fragen keine abgestimmte Position beider Länder. Das läge daran, erklärte *Axt*, dass Deutschland sich in Bezug auf die Türkei vor allem um die Kontrolle der Migrationsströme sor-

5 Artikel 5 des NATO-Vertrags beinhaltet die Kernaussage des NATO-Bündnisses, nämlich die Unterstützung von Bündnispartnern im Angriffsfall. Artikel 6 regelt das Vertragsgebiet als Einsatzgebiet für Verteidigungsmaßnahmen (*Anm. d. Red.*).



ge und deshalb den Gesprächsfaden in die Türkei nicht abreißen lassen wolle. Im Gegensatz dazu sei in Frankreich mit Präsident Emmanuel Macron die Idee einer „Grande Nation“ wieder aufgelebt, die sich, gerade wenn es um Europa und das Mittelmeer geht, in einer wichtigen Position sähe, auf die andere hören müssten. Diese beiden Positionen müssten zusammengebracht werden, damit die EU wisse, dass sie von einer festen eigenen Position aus agiere und von diesem Standpunkt aus für die griechisch-zyprische Position auf der einen und für die türkische Position auf der anderen Seite einen gesichtswahrenden Kompromiss finden könne.

*Michael Thumann* pflichtete bei, dass Deutschland und Frankreich bei den Vermittlungsbemühungen eine führende Rolle spielen und ergänzte, dass Frankreich in Griechenland historisch sehr positiv wahrgenommen werde, während Deutschland (mit seinem strategischen Bindungswillen der Türkei an Europa) für die Türkei sehr wichtig sei. Die Besetzung der Stelle des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik mit dem ehemaligen spanischen Außenminister Josep Borell sei ebenfalls sehr vorteilhaft. Die Türkei verstehe sich mit Spanien sehr gut, und die Person Borell würde in der Türkei positive Assoziationen wecken.

*Hansjörg Brey* schloss die Expert\*innenrunde mit einem Dank für die konstruktiven und interessanten Beiträge und übergab für die Moderation der Zuschauerfragen an *Christian Hagemann*. Dieser fasste die Fragen der Zuschauer\*innen zusammen und teilte sie auf zwei Fragerunden auf. Die erste Fragerunde bezog sich auf internationale Sachverhalte, während sich die zweite mit der innenpolitischen Situation in der Türkei befasste.

### **Erste Fragerunde: Wie könnten Lösungsbedingungen aussehen? Welche Rolle spielt das 2016 zwischen der EU und der Türkei abgeschlossene Migrationsabkommen?**

*Heinz-Jürgen Axt* führte aus, dass die Seerechtskonvention von 1958 sowohl die Frage des Festlandsockels als auch die der ausschließlichen Wirtschaftszonen kläre. Da diese Konvention besage, dass es auch bei Inseln einen Festlandsockel beziehungsweise eine ausschließliche Wirtschaftszone gebe, beziehe sich Griechen-

land in seiner Argumentation zu Recht auf die Seerechtskonvention. Man könne den Internationalen Gerichtshof anrufen, um die rechtlichen Fragen zu klären, was Griechenland 1972 auch getan habe. Jedoch sei dieser Versuch daran gescheitert, dass die Türkei sich keinem Schiedsspruch vonseiten des Internationalen Gerichtshofs unterstellen wollte. Da für Schiedssprüche des Internationalen Gerichtshofs aber ein Engagement von beiden Konfliktparteien eine Voraussetzung sei, habe der Gerichtshof das griechische Gesuch einer Schlichtung abgelehnt.

Aufgrund der rechtlich vorteilhaften Situation für Griechenland sei es generell sehr unwahrscheinlich, dass die Türkei sich auch in Zukunft einem auf der Seerechtskonvention basierenden Urteil beugen würde, erläuterte Axt. Die Idee eines JointVentures der beiden Länder bei der Ausbeutung der Rohstoffe sei illusorisch, da in der Realität eine starke Konkurrenz herrsche. Was Zypern anbelange, so sei der zyprische Konflikt eine ähnliche, aber kleinere Form des Konflikts in der Ägäis. Die türkische Seite drücke auch im Fall Nordzyperns ihre Interessen durch die Forderung nach Beteiligung an den Gewinnen der Rohstoffausbeutung im griechischen Teil Zyperns sehr deutlich aus.

In der Zypern-Frage türme sich durch die festgefahrene Situation ein zusätzliches Konfliktpotenzial auf. Die deutsche Haltung in der Ratspräsidentschaft beinhalte die Unterstützung des EU-Mitglieds Griechenland. Gleichzeitig mache Deutschland aber deutlich, dass auch der Gesprächsfaden mit der Türkei nicht abreißen dürfe. Hier spiele zwar die Frage nach dem Erpressungspotenzial der Türkei gegenüber der EU durch das Migrationsabkommen von 2016, gerade durch das innenpolitische Gewicht des Abkommens in Deutschland, eine Rolle, jedoch sei das Abkommen eines zwischen der Türkei und der EU als Ganzes. Leider werde das Potenzial des Migrationsabkommens nicht ausgeschöpft. Griechenland sei durch das Abkommen in der Position, Migrationsströme umzulenken, was jedoch von griechischer Seite sehr zurückhaltend angewendet werde. Die veränderte Türkei-Politik der EU spiele zwar in der türkischen Öffentlichkeit eine Rolle, jedoch sei die autoritäre innenpolitische Entwicklung in der Türkei

der eigentlich ausschlaggebende Punkt für die Verhärtung der türkischen Position, so Axt.

Michael Thumann schätzte die Erfolgsaussichten des deutschen Engagements trotz unterschiedlicher Positionen Deutschlands und Frankreichs als sehr hoch ein. Beide Länder hätten sich in der Vergangenheit immer wieder auf eine gemeinsame Position einigen können, und auch im aktuellen Fall seien keine unmittelbaren nationalen Interessen beider Länder betroffen. Beispielhaft für einheitliches Handeln beider Länder seien das gemeinsame militärische Engagement in Mali, das Minsker Abkommen von 2015, die Eurokrise und der europäische Wiederaufbaufonds im Zuge der Covid-19-Pandemie.

Die Abkommen Griechenlands mit Ägypten und Israel seien eine regionale Antwort auf das türkisch-libysche Abkommen und daher nicht mit einer Abkehr Griechenlands von Europa gleichzusetzen. Ähnlich sei es um das Projekt Nord Stream II zwischen Deutschland und Russland bestellt, bei dem nationale und europäische Interessen teilweise in Konflikt stünden. Die Türkei habe im Rahmen des Migrationsabkommens von 2016 laut Thumann kein Erpressungspotenzial gegenüber der EU. Die überwältigende Mehrheit der syrischen Geflüchteten in der Türkei sei nicht an einer Weiterreise in die EU interessiert. Die kulturelle und geografische Nähe zu Syrien sei den in der Türkei lebenden Geflüchteten sehr wichtig. Deshalb bestehe die von Erdoğan suggerierte Gefahr einer Öffnung der türkischen Grenzen und ein daraus resultierender Flüchtlingsstrom nach Europa in der Realität nicht.

Die durch den Transport Geflüchteter an die griechisch-türkische Grenze im Januar und Februar 2020 zugespitzte Lage habe gezeigt, dass Erdoğan einen möglichen Exodus Geflüchteter nach Europa nicht als Druckmittel einsetzen könne. Griechenland habe – wenn auch durch sehr brutale Methoden – den organisierten Grenzübergang der Geflüchteten verhindert und damit demonstriert, dass das Druckmittel Erdoğan nicht funktioniere. Mittlerweile habe neben Nordmazedonien und Ungarn auch Serbien damit begonnen, einen Grenzzaun zu bauen. Daher werde die sogenannte „Flüchtlings-

route“ durch den Balkan nie wieder in der Form von 2015 bestehen können, sagte Thumann.

Hürcan Aslı Aksoy wies auf Ergebnisse der Forschungsarbeit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin hin. Diese zeigten Möglichkeiten einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Türkei auf. Hierbei gehe es speziell um werte-basierte Wege einer Zusammenarbeit durch eine Modernisierung der Zollunion. Man könne neben einer Zusammenarbeit nach der Methode „Zuckerbrot und Peitsche“ und dem Aufzeigen klarer roter Linien auch eine Modernisierung der Zollunion als komplementäre Strategie im Umgang mit der Türkei anstreben. Beispielsweise könne man mit Visa-Liberalisierungen die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei intensivieren. Die EU und insbesondere Deutschland und die Niederlande als größte Handelspartner seien für die Türkei sehr wichtig.

Heinz-Jürgen Axt ergänzte, dass eine Modernisierung der Zollunion den erleichterten Zugang türkischer Agrarprodukte und Dienstleistungen zum europäischen Markt bedeuten könne. Beide würden derzeit weitgehend restriktiv behandelt und seien deshalb durchaus Positionen, die von türkischer Seite für eine Modernisierung der Zollunion von Interesse wären.

### **Zweite Fragerunde: Inwiefern hat Erdoğan überhaupt noch Rücksicht auf die Innenpolitik zu nehmen? Ist die Eskalation auf das mangelnde Niveau der Politikberatung in Verwaltung und Militär zurückzuführen?**

Die türkische Doktrin „Blaues Vaterland“ spielt laut Hürcan Aslı Aksoy durchaus eine wichtige innenpolitische Rolle, da sie auch von der Opposition unterstützt wird. Rücksicht müsse Erdoğan allerdings, gerade im Hinblick auf die gegenwärtige informelle Koalition, auf die nationalistischen Kräfte in der Türkei nehmen. Zu den nationalistischen Kräften würden – neben kleineren Parteien mit nationalistischen außenpolitischen Ansichten – die „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP), die Eurasianisten sowie Parteien mit anti-westlichen Einstellungen gehören. Erdoğan brauche diese Koalition, das zeigten die Ergebnisse der Regionalwahlen von 2019. Bei den Regionalwahlen habe Erdoğan – trotz einer gespaltenen Opposition, großem

Druck auf Oppositionelle, einer zunehmenden Autoritarisierung und einer Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit – in zwei Großstädten die Macht an die Opposition verloren.

Das neue präsidentiale System zwingt Erdoğan (im Gegensatz zum russischen oder ägyptischen Präsidenten), Koalitionen einzugehen. Erdoğan sei zwar nach wie vor eine sehr charismatische Figur und Herr der Lage in der Türkei, bleiben könne er dies jedoch nur durch die Unterstützung der nationalistischen Kräfte des Landes. Durch den Druck der radikalen Islamisten und Muslimbruderschaften im Land sei Erdoğan dazu gezwungen, einige Zugeständnisse zu machen. Hierzu zählten zum Beispiel die Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee oder auch die Diskussion um einen Ausstieg aus der Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, *Anm. d. Autors*).

Schlechte Politikberatung sei angesichts des Austauschs vieler Staatsbediensteter vor allem durch nationalistisch gesinnte Personen einerseits, aber auch durch die Besetzung von Posten durch Familienangehörige andererseits, durchaus gegeben, sagte *Aksoy*. Beispielsweise sei die Besetzung des Postens des Finanzministers durch den Schwiegersohn Erdoğan, ähnlich wie im Fall Jared Kushners in den USA, auch in der Türkei nicht sonderlich förderlich gewesen.

*Michael Thumann* ergänzte, dass Erdoğan auch im Hinblick auf den Kemalismus zweigleisig fahre. Einerseits beziehe sich Erdoğan heute, im Gegensatz zu früher, auf einige kemalistische Positionen, beispielsweise im Hinblick auf Griechenland oder auf die Rolle der orthodoxen Kirche in Anatolien, wo Erdoğan die Positionen ultra-nationalistischer Kemalisten teile. Andererseits aber stelle die fortwährende Infragestellung des Vertrags von Lausanne durch Erdoğan einen anti-kemalistischen Akt sondergleichen dar. In Bezug auf die Frage, ob Erdoğan ein Getriebener oder aber in einer starken Position sei, müsse man beides bejahen.

Der Schwenk Erdoğan's in eine Koalition mit den Nationalisten zeige, dass er die Schwelle von

50 Prozent im Parlament nur mit Hilfe anderer politischer Kräfte überwinden könne. Erdoğan sei nur Herr der Lage, wenn er selbst Krisen erfinde oder herbeiführe, denn nur dann finde er willige Koalitionspartner. Erdoğan fühle sich in einer Position wohl, in der er derjenige sei, der die Eskalations-Dominanz inne habe.

Jedoch sei das Jahr 2019 für Erdoğan traumatisch gewesen, da er erstmals die Wahl in seiner Heimatstadt Istanbul verloren habe. Diese Wahl habe Erdoğan vor Augen geführt, wie schnell und tief er sinken könne. Darüber hinaus habe er sehr populäre politische Kontrahenten: Ali Babacan beispielsweise sei ein in der Bevölkerung sehr beliebter politischer Gegner, der ihm zwar nicht die Mehrheit streitig machen könne, jedoch entscheidende Stimmen abwerben würde, führte *Thumann* aus. Außerdem verschlechtere sich die wirtschaftliche Lage des Landes derzeit aufgrund der wegfallenden Absatzmärkte durch die Covid-19-Pandemie sehr stark.

*Heinz-Jürgen Axt* fasste zusammen, dass man es bei der Türkei nicht mit einem klassischen autoritären Staat, sondern einer autoritären Demokratie zu tun habe. Wahlen seien, ungeachtet der autoritären Tendenzen, nach wie vor sehr wichtig für Erdoğan. Darin unterscheide sich Erdoğan auch nach 2016 sehr stark von Wladimir Putin oder Alexander Lukaschenko.

In Bezug auf die Hagia Sophia sollte die Welt, so *Axt*, angesichts einer solchen Rückentwicklung in mittelalterliche Sichtweisen wie „*cuius regio, eius religio*“ eigentlich aufschreien. Diese Auffassung, dass der Regent bestimmt, welche Religion auszuüben ist, habe auch in Teilen der türkischen Bevölkerung zu einem Aufschrei geführt. In Europa sei hingegen kaum eine Reaktion zu vermerken gewesen, was laut *Axt* sehr bedauerlich ist, denn im Sinne einer toleranten, kulturellen Einflüssen gegenüber offenen Gesellschaft könne man so etwas nicht mehr mittragen.

Abschließend zitierte *Christian Hagemann* passend dazu den bulgarischen Politologen *Ivan Krastev*, der sagte, dass die Covid-19-Pandemie für autoritäre Herrscher sehr unangenehm sei, weil sie eine unkontrollierbare Krise

sei und autoritäre Herrscher lieber selbst produzierte und damit kontrollierbare Krisen bewältigten.

Mit einer Danksagung und Verabschiedung durch *Hansjörg Brey* endete das Online-Fachgespräch.